

Rechnungsgeschichte der jetzigen Fassung klar ergibt, nicht auferlegt ist."

London, 31. Dezember. W. T. S.

Die „Times“ erfahren aus Stockholm vom 29. Dezember: „Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet, daß der Führer der litauischen Bolschewiki, Kapsuka, mit einem großen Stabe und reichlichen Geldmitteln aus Rußland in Wilna angekommen ist und der Presse mitgeteilt hat, daß Litauen zu einem Teil der Sowjetregierung erklärt werden wird. Ungeachtet dieser Gefahr hat eine Abordnung der litauischen Regierung eine Unterredung mit dem Kommandanten des englischen Geschwaders in der Ostsee gehabt, der der Abordnung versicherte, daß die Alliierten der Bevölkerung von Litauen bei der Organisation der Verteidigung gegen eine bolschewistische Invasion jede Hilfe gewähren werden.“

Stockholm, 31. Dezember. W. T. S.

„Socialdemokraten“ veröffentlicht ein ausführliches Telegramm der sozialistischen Partei Estlands an die Parteileitung der schwedischen Sozialdemokratie, in dem diese gebeten wird, durch öffentliche Sympathieäußerungen Estland in seinem schweren Kampf gegen die russische Bolschewikimacht zu unterstützen. Estland sei ein rein demokratisches kleines Reich, das Unabhängigkeit und Freiheit von jeder anderen Macht anstrebe.

Verhaftung von A.- und S.-Räten in linksrheinland.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 2. Januar.

Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Köln: „Anlässlich des Überfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schlebusch sind von der britischen Besatzungsbehörde außer den Sätern 128 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, sowie einige Personen, die mit letzterem in näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln abtransportiert worden. Die Verhaftungen sind erfolgt, ohne daß von den deutschen Behörden irgendwelcher Einfluß ausgeübt wurde. Bei einem Streik in einem industriellen Werk in Oberkassel bei Düsseldorf, an dem sich etwa 100 Arbeiter beteiligten, hat die belgische Besatzungsbehörde eingegriffen und den Führer, der mit der belgischen Behörde verhandeln sollte, verhaftet und nach Belgien abtransportiert.“

Frankfurt a. M., 2. Januar.

Vom Oberbefehlshaber der alliierten Truppen sind gewisse Erleichterungen zur Vornahme der Wahlen zur Nationalversammlung in dem besetzten Rheinland gewährt worden.

Uneinigkeit in der Liga für Menschenrechte.

Wolffmeldung.

Bern, 31. Dezember.

Wie die Pariser Blätter melden, hat sich die Liga für Menschenrechte in zwei Teile gespalten. Anlässlich der Verlesung eines Berichts über die deutsche Ver-

antwortung kam es bei der letzten Sitzung zu einem heftigen Zusammenstoß. Einige Mitglieder protestierten gegen einen Absatz, in dem den Helden, die für Frankreich und die Freiheit gefallen seien, der Dank ausgesprochen wird. Andere Mitglieder verließen, empört über dieses Verhalten, den Saal.

Erlogen.

Amlich durch W. T. S.

Berlin, 1. Januar.

Es wird uns amlich über die angeblich bolschewistischen Umtriebe der deutschen Gesandtschaft in Warschau mitgeteilt: Die von der polnischen Presse verbreitete Nachricht ist erlogen. Weder der deutsche Gesandte Graf Kessler noch ein anderes Mitglied der Gesandtschaft hat unmittelbar oder mittelbar in irgendeiner Form mit den polnischen oder russischen Bolschewisten in Verbindung gestanden. Alle Nachrichten über die Aufhebung eines von der deutschen Gesandtschaft angelegten maximalistischen Komplotts, über Gelder, die von deutscher Seite hierfür bereitgestellt worden seien, sind vollständig erlogen. Die Regierung erwartet die Veröffentlichung der angeblich in den Besitz der polnischen Regierung gekommenen Beweismittel.

Mackensen von Franzosen interniert.

Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus

Budapest, 31. Dezember.

Im Laufe des heutigen Vormittags sind zirka 2000 Mann französischer Truppen hier eingetroffen, welche in Rakospalto einquartiert wurden. Gegen 9 Uhr früh zog, wie die Blätter melden, ein Detachement von ungefähr 800 Franzosen nach Koth, umstellten das Schloss des Grafen Wladislaus Karolgi, wo Generalfeldmarschall von Mackensen einquartiert ist. Als Mackensen von dem Vorhaben der französischen Truppen erfuhr, protestierte er dagegen, da er sich der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt habe. Der Kommandant der französischen Truppen nahm jedoch den Protest nicht zur Kenntnis, besah sich zu Mackensen und teilte ihm mit, daß er auf höheren Befehl das Schloss besetzen und den Feldmarschall internieren müsse. Mackensen protestierte neuerdings. Seinen Protest hat aber der französische Offizier abgelehnt und seinen Leuten entsprechenden Befehl erteilt. Mackensen wandte sich unverzüglich an den Ministerpräsidenten Karolgi um Schutz und Genehmigung. Karolgi hat sofort den Kriegsminister Festetics aufsucht, um mit ihm über das Vorgehen der Regierung zu beraten.

Autonomie der Deutschen in Ungarn.

Wolffmeldung.

Budapest, 2. Januar.

Unbekümmert um alle einheitlichen Regierungsprogramme gehen der Finanzminister Szonda und der Nationalitätenminister Jaszny ihren eigenen Weg. Beide verkündeten, das Land könne vor dem Verfall nur gerettet werden, wenn die radikalen Reformen ermöglicht würden, auch dann, wenn dadurch das Prinzip des

Privateigentums in empfindlicher Weise verletzt werden müßte. In Oberungarn wurde die tschecho-slowakische Sprache als Amtssprache aller Behörden erklärt und das Standrecht für Vergehen und Verbrechen gegen den tschecho-slowakischen Staat verkündet. Die Deutschen Ungarns haben ihre Autonomie erklärt.

Ein schweizerischer Protest bei der Sowjetregierung.

Wolffmeldung.

Bern, 2. Januar.

Das schweizerische politische Departement hat in einem Telegramm an die russische Sowjetregierung energisch gegen den Verstoß gegen das Völkerrecht protestiert, der darin besteht, daß die Mitglieder der schweizerischen Gesandtschaft Rußland nicht verlassen können, weil die Sowjetregierung deren Pässe nicht visiert und sie dadurch an der Abreise verhindert. Das politische Departement macht die Sowjetregierung für jeden Schaden verantwortlich und erwartet umgehend Antwort.

Rußlands künftige Staatsform.

Eigener Drahtbericht.

Osag, 1. Januar.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht ein Interview mit dem russischen Staatsmann und ehemaligen Ministerpräsidenten Pokotschow über die für Rußland beste Regierungsform. Pokotschow sagte: „Für alle Russen, denen das Wohl ihres Landes am Herzen liegt, ist die Form der Regierung in diesem Augenblick Nebensache. Die Hauptfrage ist, daß die Ordnung wiederhergestellt wird. Solange dies nicht der Fall ist, ist es unnötig, über die Regierungsform zu reden. Zunächst müssen wir selbstverständlich eine Militärdiktatur haben, und das erste, was geschehen muß, ist, daß Gehorham und Gesetz wiederhergestellt werden. Sonst aber wäre, vorausgesetzt, daß das russische Volk sich politisch entwickelt, eine gemäßigtere Monarchie nach westeuropäischem Muster am meisten angebracht. Indes kann es noch Jahre dauern, ehe Rußland so weit ist.“

Amsterdam, 31. Dezember.

„Allgemeines Handelsblad“ meldet aus dem Haag, daß die holländische Regierung dem Transport von Vorräten für die assoziierten Truppen in den besetzten Gebieten Deutschlands auf der Schelde keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Kirchenzettel.

Katholischer Militärgottesdienst: 5. Jan. vorm. 9 Uhr Amt mit Predigt.

6. Jan.: Fest der Erscheinung des Herrn, vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Beide Gottesdienste in der Seitenkapelle der kath. Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptchristlicher: G. Lutz.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

Bekanntmachung.

Auf Vorschlag der Organisationen der Nationalitäten ist zur Übernahme der Verwaltung der Stadt ein Komitee gebildet worden, in das folgende Mitglieder durch das Vertrauen ihrer Mitbürger berufen worden sind:

1. Oswald Trilling, Fabrikbesitzer, Lindenstraße 24.
2. David Meisel, Kaufmann, Nikolaistraße 29.
3. Jaak Pines, Fabrikant, Pöhlstraße 14.
4. Josef Wachs, Agent, Neue-Welt-Straße 14.
5. Falk Kempner, Kaufmann, Deutsche Straße 16.
6. Ch. Ch. Gerz, Kaufmann, Kaufmannstraße 32.
7. Max Barasch, Kaufmann, Marktstraße 22.
8. Jakob Janowski, Fabrikant, Alexanderstraße 39.
9. Josef Karl Puchalski, Hausbesitzer, Teichstraße 21.
10. Witold Luszczycki, Hausbesitzer, Nikolaistr. 61.
11. Marian Deberko, Gutsbesitzer, Alexanderstraße 9.
12. Kasimir Klegert, Ingenieur, Nikolaistraße 61.
13. Witold Roscia, Hausbesitzer, Gogolstraße 15.
14. Bogdan Ditromenski, Arzt, Deutsche Straße 16.
15. August Mpes, Kommerzienrat, Alte Chausseestr.
16. Dimitri Siny, Notar, Lindenstraße 16.

Bialystok, 2. Januar 1919.

Für den Soldatenrat:
Müller.

Der Stadthauptmann:
Koscher.

Elektromotore

Dynamomaschinen verschiedener Größen, Pumpen mit Motorkuppelung für Hauswasserleitung oder zum Kellerauspumpen, sowie verschiedenes elektrisches und Eisenmaterial

preiswert zu verkaufen.

2698

J. Jendrosch, Kleindorfstr. 11.

Eine gut erhaltene

Unker-Registrierkasse

sofort preiswert zu verkaufen.

Besichtigung in der Verpflegungsanstalt der Betriebswerkmeisterei I, Bialystok (Verwaltungsgebäude Bezirksgefängnis, Baranowitscher Straße). 2696

Verloren

eine Kastenrolle auf der Nikolaistraße oder Alexanderstraße Dienstag zwischen 5 und 6 Uhr abends. Der Abgeber wird gut belohnt. 2697

B. Wigodski, Kleindorfstr. 10.

Student, goldene Medaille, erfahrener Repetitor, erteilt Unterricht

über Gegenstände der Mittelschulen, speziell Mathematik. 2690 Zimmermannstr. 9, Wohnung Newiazski.

Suche

eine gute Wohnung von 4—6 Zimmern mit allen Bequemlichkeiten, möglichst möbliert. 2692 Offerten erbeten an Julewitsch, Nikolaistr. 10.

Zu vermieten

ein oder zwei Zimmer mit allen Bequemlichkeiten, ohne Küche. 2691 Zimmermannstr. 9.

Berkaufe ein gutes Klavier

S. Wilner, Gymnasiumstraße 10, im Hofe des Postgebäudes. 2695

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.
Ekspedycja: Mikołajewska 3.
Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtórzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenuralem w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Wojska niemieckie na wschodzie a walki z bolszewizmem.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 2. stycznia.

Niemiecka komisja rozejmowa donosi:

O ustępowaniu wojsk niemieckich z Rosji i o łączącej się z tem kwestji zwalczania bolszewizmu rosyjskiego od dwóch tygodni wymieniają się między głównym dowództwem aliantów a niemiecką komisją rozejmową, noty o ważnym politycznym znaczeniu. Punktem wyjścia tej wymiany not jest niezgodność zdań w tłumaczeniu artykułu 12, punktu 2 dotyczącego się cofania w ugodzie rozejmowej: „Wszystkie wojska niemieckie, które w tej chwili znajdują się na ziemiach należących przed wojną do Rosji, również muszą zostać cofnięte po za taką granicę jaka była dnia 1 sierpnia 1914 roku, gdy tylko aljanci uznają uzasadnioną wewnętrzną położenie tych okolic za dogodną po temu”.

Marszałek Foch w jednej z not wy tłumaczył teraz ten artykuł 12 w taki sposób, jak gdyby wojska niemieckie tak długo pozostać musiały w Rosji jak to uznanie zostanie przez koalicję za właściwe dla dobra zwalczania bolszewizmu rosyjskiego przez wojska niemieckie. Równocześnie skarżył się Foch na to, że wojska niemieckie walczące w Rosji nie dość energicznie brały się do bolszewików, a nawet że dopomagały i protegowały bolszewizm w ziemiach rosyjskich przez siebie zajętych.

Poglądowi temu przeciwstawia general Winterfeld powstanie artykułu 12. Początkowo warunek zawieszenia broni żądał natychmiastowego cofnięcia wojsk niemieckich z terenu okupowanych w Rosji. Przedstawiciele Niemiec zaproponowali jednak, dla dobra ludności tych krajów pozostawienie chwilowo tamże wojsk.

To jest sprawdzono. Zobowiązanie się względem aliantów, dokładania starań, by ponowić spokój i porządek, Niemcy nie przejęli. Niemcy dobrowolnie podjęli się zadania utrzymania na wschodzie spokoju i porządku tak długo jak tylko będzie to w ich mocy.

Teraz znowu prezes niemieckiej komisji rozejmowej, sekretarz stanu Erzberger, powołując się na to oświadczenie generała Winterfelda danego, zwrócił się do przedstawicieli Niemiec w Spaa, by raz jeszcze zwrócili uwagę, że pojęcie jak gdybyśmy przyjęli wraz z artykułem 12 zobowiązanie, pozostawienia tak długo naszych wojsk na wschodzie, aż aljanci uznają wyjątkowo ich za stosowne, nie zgadzają się z ugodą.

Dalej zaznaczył jeszcze Erzberger, że: „My i nasze wojska widzimy w bolszewizmie wielkie niebezpieczeństwo i czynimy wszystko aby się przeciwko niemu zabezpieczyć. Koalicja musi przyznać, że niebezpieczeństwo to o wiele groźniejsze jest dla nas samych niż dla jakiegokolwiek bądź innego państwa na świecie, i może być przekonana, że dla naszego własnego dobra uczynimy wszystko, dla powstrzymania naporu bolszewików. Ze wojska nasze po czterech latach wojny, a także z powodu obecnego położenia pragną powrócić do ojczyzny, dla tego nie wszędzie stawiają dość energiczny opór, temu zaprzeczyc nie możemy. Czynimy wszystko co w naszej mocy, aby wywierać wpływ namową i sprowadzeniem nowych sił. Jeśli koalicja jest zdania, że bolszewizm jest niebezpieczeństwem któremu zapobiedz należy bezwarunkowo wszelkimi sposobami i jeśli przekonana jest, że siły nasze są nie wystarczające, to dobrze by było, aby sama wzięła w swe ręce rozwiązanie kwestji, a przynajmniej brała w tem udział. W każdym razie raz jeszcze zwrócić na to musimy uwagę, że podjęliśmy się tego zadania jedynie dla dobra ogółu w zajętych przestrzeniach i dla nas samych, a także dalej chętnie je spełniać będziemy wedle możliwości, lecz że obowiązek ten nie był nam narzucony w artykule 12, jak to wynika z historii powstania.”

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 31. grudnia.

Times dowiaduje się ze Sztokholmu d. 29 grudnia, Litewska agentura telegraficzna donosi, że dowódca bolszewików litewskich Rapsuk, wraz z wielkim sztabem i dużemi środkami pieniężnymi przybył do Wilna i zakomunikował prasie, iż Litwa ogłoszona będzie częścią rządu sowieckiego. Wskutek tego niebezpieczeństwa, odbyła się między delegacją rządu litewskiego a komendantem eskadry angielskiej na Bałtyku rozmowa, podczas której Anglicy zapewnili, że aljanci nieść będą ludności Litwy, przy organizowaniu obrony przeciwko najści bolszewików, wszelką pomoc.

Doniesienie Biura Wolffa.

Sztokholm, 31. grudnia.

Socjaldemokraten publikuje obszerny telegram partii socjalistycznej Estlandji do kierownictwa partii szwedzkiej socjal-demokracji, w której uprasza tę że — by za pomocą publicznego wyrażenia sympatii dopomagała Estlandji w ciężkich jej walkach przeciwko rosyjskiej potęgze bolszewickiej. Estonja jest małym czysto demokratycznym krajem, dążącym do swobody i niezależności.

W gabinecie francuskim.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berno, 31. grudnia.

Wczorajsze debaty w gabinecie miały ciekawy przebieg. Pierwszą była mowa socjalisty Brackiego. Żądał on, aby trwały pokój doszedł do skutku. Nie wolno myśleć, o aneksji, która doprowadza do niewolnictwa.

W bardzo długiej mowie wyświelał potem Franklin Bouillon ogólne położenie polityczne. Mówił on, że wraz ze wstąpieniem Ameryki do wojny w świecie pojawiło się coś nowego. Można i owa metodę trwać za niebezpieczną, lecz czy się chce czy nie, trzeba o jego 14 punktach w zupełności dyskutować.

Gdyby chciano odbudować Polskę, którą dawniej usunieto, to nie wolno odłączać wypadków z roku 1815 od tych z roku 1871. Francja nie chce wcale anektować gwałtem, lecz z drugiej strony poniosła ona w tem stuleciu niejednokrotnie poważne straty, ma więc wielkie prawo zniszczenia terenów które przeszedł wrog. Dla tego zastosowałyby też Francje dla siebie samej, następującą zasadę: żaden niemiec na lewym brzegu Renu i w okolicy położonej na 40 kilometrów od prawego brzegu Renu. Politykę powyższą śmiało pogodzić można z zasadą związku narodów. Upoważnia ona do interwencji w Rosji, co jednak nie może być często militarnem, lecz równocześnie isć musi ręką z ręką z pomocą ekonomiczną.

Następnie mówił Pichon i przy ogólnem zaciekawieniu oświadczył, że wszystkie kwestje które swego czasu poruszano w parlamencie miały charakter międzynarodowy, tem samem nie mogły być dyskutowane, utrzymać bowiem musiano tajemnicę między sprzymierzonymi rządami. Dla wszystkich pytań przygotował rząd francuski rozwiązanie. Pertraktacje prowadzone będą bez wątpienia w jaknajpomyślniejszych warunkach. Finansowo, ekonomicznie i terytorjalnie bronić będzie Francja wszystkich swych zadań. Układy do urzeczywistnienia idei związku narodów będą opublikowane.

W kwestji odszkodowań wojennych.

Telegram własny.

Amsterdam, 1. stycznia.

„New Statesman” powiada w jednym z artykułów wstępnych, że teraz, gdy minęły już wybory, można będzie spokojnie obradować nad kwestją dania przez Niemcy odszkodowań. Pismo to tłumaczy, że nigdy poważnie nie mówiono o tem, że próbowanoby obarczyć Niemcy wszystkimi ciężarami wojennymi. Kompetentny w tej sprawie maż stanu też nigdy coś podobnego nie twierdził.

Zerwanie niemiecko-szwedzkiej ugody handlowej.

Urządowo przez W. B. T.

Berlin, 31. grudnia.

Rząd szwedzki wypowiedział zawartą między Szwecją a państwem niemieckim dnia 2 maja 1911 roku ugodę handlową i żegluga. Ugoda zniesiona będzie na początku 1920 roku. Rząd szwedzki oświadczył równocześnie gotowość rozpoczęcia pertraktacji dla przewidywanego uregulowania stosunków handlowych na czas po zakończeniu ugody do zawarcia nowej ugody.

Berlin, 2 stycznia.

W tych dniach przybędzie komisja złożona z trzech oficerów koalicji do Berlina dla skontrolowania wykonania warunków rozejmowych dotyczących się hydroaeroplanów w Jüterbog i Friedrichshafen.

Przyszła forma rządowa Rosji.

Telegram własny.

Haaga, 1. stycznia.

„Daily Telegraph” publikuje interwju z rosyjskim mężem stanu i byłym prezesem ministrów Pokieczowem o najlepszej dla Rosji formie rządu. Pokieczow powiedział: „Dla wszystkich Rosjan, którym zależy na dobrem ojczyzny, forma rządu jest obecnie kwestją uboczną. Najważniejsze, aby powrócono porządek. Dopuki to nie będzie uczynionem, zbytecznem jest mówienie o formie rządu. Najpierw musimy naturalnie posiadać dyktaturę wojskową, a pierwsze co się stać musi, to powrócenie posłuszeństwa i praw. Po za tem jednak, przypuszczając, że naród rosyjski rozwinię się politycznie, najstosowniejsza byłaby umiarkowana monarchja wedle wzorów zachodnioeuropejskich. W każdym razie potrwac może rok zanim Rosja będzie tak daleko”.

Kłamstwo!

Urządowo, przez Biuro Wolffa.

Berlin, 1. stycznia.

Komunikują nam urządowo o rzekomych bolszewistycznych intrygach poselstwa niemieckiego w Warszawie: Szerzona przez prasę polską wiadomość jest kłamstwem. Ani niemiecki poseł hrabia Ressler ani żaden inny członek poselstwa pośrednio lub bezpośrednio nie miał żadnych stosunków z bolszewikami. Wszystkie wiadomości o zniesieniu sprzyśtżenia maksymalistycznego uknutego przez poselstwo niemieckie, o pieniądzech przeznaczonych na ten cel, przez Niemców są kłamstwem. Rząd oczekuje opublikowania, rzekomo znajdujących się w rękach rządu polskiego dowodów.

Zawiadomienie.

Z polecenia organizacji narodowosciowych powołano dla objęcia zarządu miasta komitet w którego skład wchodzi następujące obywateli miasta:

1. Oswald Trylling fabrykant ul. Lipowa 24.
2. Dawid Meisel kupiec ul. Mikołajewska 29.
3. Izaak Pines fabrykant ul. Pocztowa 14.
4. Józef Waks agent ul. Nowy-Swiat 14.
5. Falk Kempner kupiec ul. Niemiecka 16.
6. Ch. Ch. Gertz ul. Kupiecka 32.
7. Max Barasch ul. Rynkowa 22.
8. Jakób Janowski fabrykant ul. Aleksandrowska 39.
9. Józef Karol Puchalski właściciel domów ul. Sławowa 21.
10. Witold Luszczewski ul. Mikołajewska 61.
11. Marjan Dederko obyw. ziemski ul. Aleksandrowska 9.
12. Kazimierz Rygiert inżynier ul. Mikołajewska 61.
13. Bogdan Ostromecki doktor ul. Niemiecka 16.
14. Witold Kościa właściciel domów ul. Gogolewska 15.
15. August Moes radca komercyjny Stara szosa 1.
16. Dimitri Hintz notariusz ul. Lipowa 16.

Białystok 2 stycznia.

Za radę żołnierską
podp. Müller.

Naczelnik miasta
Roscher.

ZGUBIONO

łańcuch kastorowy na ulicy Mikołajewskiej lub Aleksandrowskiej między 5-tą a 6-tą wieczorem. Oddawca sowicie będzie wynagrodzony.

B. Wygodski, ul. Klejndorf 10.

Elektromotory i dynamomaszyny

rozmaitej wielkości,

pompy z motorem dla wodociągów

w domach lub do wypompowywania sklepów, jak też

ROZMAITE PRZEDMIOTY ELEKTRYCZNE

i żelazo do sprzedania po cenach umiarkowanych.

J. JENDROSZ, ul. Klejndorf 11.

PUBLICZNA LICYTACJA warsztatów tkackich

dajacemu więcej, odbędzie się w piątek dnia 3 stycznia 1919 r. przed południem o godzinie 10-ej.

u Halperna i Krikuna. Przędzalnia i tkalnia ulica Pocztowa Nr. 25.

Feldwebel Werth, urzędnik wykonawczy.

